

PR AKTUELL - NR. 3 - 02. JUNI 2009

Krankenhausfinanzierungsreformgesetz 2009

Im letzten Jahr haben sich bundesweit viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser an der Aktion "Der Deckel muss weg" beteiligt. Bundestags- und Landtagsabgeordnete wurden auch hier in Köln zu Gesprächen und Hospitationen in die Uniklinik eingeladen.

Ihren Höhepunkt hatte die Aktion in einer Großdemonstration in Berlin am 25. September. An diesem Tag demonstrierten in der Bundeshauptstadt, unter reger Teilnahme, auch aus der Uniklinik Köln, über 130.000 Klinikbeschäftigte für eine ausreichende Finanzierung der über 2100 Krankenhäuser Deutschlands. Dies war die größte Krankenhausdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik. Anschließend hat sich in der Politik auch etwas bewegt: Nach dem Bundestag hat auch der Bundesrat im Februar 2009 dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) zugestimmt.

Insgesamt sollen die Krankenhäuser rund 3,5 Mrd. Euro mehr erhalten als im Jahr 2008.

Teil dieses Gesetzes ist das

"Förderprogramm zur Verbesserung der Stellensituation in der Pflege". Gegenstand dieses Gesetzes ist die Verbesserung der Stellensituation im Pflegebereich. Es wird davon ausgegangen, dass in den nächsten drei Jahren bundesweit bis zu 16500 neue Pflegestellen geschaffen werden können.

In den Jahren 2009 bis 2011 werden zusätzliche Neueinstellungen oder die Aufstockung vorhandener Teilzeitstellen von dreijährig ausgebildetem Krankenpflegepersonal mit 90 Prozent bezuschusst. Die Obergrenze für die Förderung liegt bei 0,48% des akutstationären Gesamtbetrages eines Krankenhauses. Fördermittel, die in diesem Zeitraum in Anspruch genommen werden, wirken sich budgeterhöhend aus.

Gefördert werden die Pflegestellen, die gegenüber dem Bestand der Pflegevoll-kräfte zum Stichtag 30.Juni 2008, in den Jahre 2009 bis 2011 eingestellt werden. Damit soll verhindert werden, dass Krankenhäuser unbesetzte Stellen über diesen Pool refinanzieren.

Wichtige Voraussetzung zur Förderung ist eine schriftliche Vereinbarung mit dem Personalrat. Dieser muss bestätigen, dass es sich wirklich um zusätzliches Pflegepersonal nach diesem Gesetz handelt.

Leider ist es bisher noch nicht zu einer solchen Vereinbarung gekommen. Der Vorstand hat dem Personalrat in einem Gespräch am 20.05.2009 signalisiert, dass die vom Personalrat geforderte Dienstvereinbarung zu diesem Thema zeitnah abgeschlossen werden soll. Damit kann endlich zusätzliches Pflegepersonal eingestellt werden.

Wir hoffen, dass es dadurch zu einer Entlastung kommt, die auch an der Basis spürbar wird.

Personal in Psychiatrischen Krankenhäusern

In der Psychiatrie und psychiatrischen Abteilungen gilt das Förderprogramm nicht. Stattdessen wird die Umsetzung der Personalverordnung Psychiatrie (PsychPV) gefordert. Falls die Personalstellen eines Krankenhauses zum Stichtag des 31. Dez.2008 nicht in vollem Umfang nach den Vorgaben der PsychPV umgesetzt wurde, sollen die fehlenden Personalstellen aufgestockt werden.



Ein Erfüllungsgrad von mindestens 90 Prozent muss erreicht werden. Von dieser Regelung profitiert nicht nur das Pflegepersonal, sondern auch anderen Berufsgruppen.

Überstunden/ Mehrarbeitsstunden im Klinikum

Der Personalrat hat den Eindruck, dass sowohl die Überstunden als auch die Mehrarbeitsstunden bei Teilzeitbeschäftigten im Klinikum stetig anwachsen. Bis Ende Mai waren in der Sollplanung im Intensivbereich der Pflege mehr als 13000 Überstunden und Mehrarbeitsstunden aufgelaufen, auf den Normalpflegestationen über 16000.

Der Personalrat thematisiert dieses Problem schon seit längerer Zeit in den verschiedensten Gesprächen.

Ende April wurde im Namen der Beschäftigten vom Vorstand eine verbindliche Zusage gefordert, wann diese Stunden ausgeblichen werden.

Außerdem fordert der Personalrat eine Anpassung der Stellenbesetzung an die gestiegenen Leistungs- und Fallzahlen.

Das Problem der nicht ausgeglichenen Mehrarbeits- / und Überstunden ist jedoch nicht nur ein "Pflegeproblem".

Auch in den anderen Bereichen des Klinikums klagen die Beschäftigten über die zunehmende Arbeitsverdichtung und Belastungen durch zusätzlich zu leistende Dienste.

Problematisch ist für die Beschäftigten auch die Nichtplanbarkeit ihrer Freizeit. Es wird erwartet, dass sie Einspringen bei Ausfällen, ihren Dienstplan kurzfristig ändern und spontan länger bleiben.

Der Vorstand hat dem Personalrat zugesagt, dass es auch für diese Probleme zeitnah eine Lösung geben wird.

Qualifizierungsmaßnahmen

Die Uniklinik Köln befindet sich in einem sehr starken Wandel. Alte vertraute Arbeitsfelder brechen vollkommen weg und neue Tätigkeitsfelder werden geschaffen.

Des Weiteren erhält der PC bzw. die EDV Einzug in fast allen Arbeitsbereichen.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt das Klinikum als Projekt, vorerst im Geschäftsbereich 2 und Patientenservice, Mitarbeiterinnen sprachliche und mathematische Qualifizierung zuteil werden zulassen. Den Beschäftigten soll Hilfestellung bei den neuen Tätigkeiten gegeben werden. Sicherlich dient die Qualifizierung auch der Arbeitsplatzsicherung.

Die VHS (Volkshochschule) wird für das Klinikum den individuellen Qualifizierungsbedarf ermitteln. Die betroffenen Beschäftigte werden vorher über den genauen Verlauf des Projektes informiert. Hierzu erhalte sie eine persönliche Einladung durch JobChange, dass dieses Projekt vom Klinikum aus, betreut

Vor Beginn der Qualifizierung, wird der Personalrat mit der Dienstelle eine Dienstvereinbarung abschließen. Dort soll u.a. festgeschrieben werden, dass die Schulungen während der Arbeitszeit stattfinden und die kosten vom Klinikum getragen werden.

Weitere Teilprivatisierungen

Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben sich leider für weitere Ausgründungen entschieden.

Zur Zeit finden entsprechende Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Bereiche statt.

Nähere Informationen werden folgen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Michael Anheier - PR-Vorsitzender - Tel.: 5300 E-Mail: Personalrat@uk-koeln.de Informationen des Personalrats: